



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungen -

Tagesordnung I Punkt 9.1 der öffentlichen Sitzung am 7. Dezember 2022

Vorlagen-Nr. 22-F-78-0006

Insolvenzen im Handwerk - jetzt gegensteuern! - Antrag der Fraktionen CDU und BLW/ULW/BIG vom 02.11.2022 -

Neben der Inflation machen vor allem die stark steigenden Gas- und Strompreise den Wiesbadener Betrieben schwer zu schaffen. Jüngster Berichterstattung gemäß melden sich bei Beratern der Handwerkskammer Wiesbaden (HWK) immer mehr Betriebe, die in Liquiditätsschwierigkeiten sind. In besonderem Maße betroffen sind Handwerksbetriebe wie Bäcker, Fleischer und Konditoren, Metallbauer und Textilreiniger, die energieintensiv produzieren und sowohl auf Gas als auch auf Strom angewiesen sind¹.

Die Maßnahmen der Bundesregierung wie die Einmalzahlung im Dezember oder Abschlagszahlung und Preisbremse für kommendes Jahr reichen nicht aus. Auch laut HWK würden diese Maßnahmen keinesfalls genügen, um die Existenz und damit Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern. Die Gaspreisbremse kommt 2023 gerade für kleine und mittlere Unternehmen einfach zu spät.

In der aktuellen Situation geht es um nicht weniger als den Erhalt über Jahrzehnte gewachsener mittelständiger Strukturen in Stadt und Land. Wenn vermieden werden soll, dass es zu ganz erheblichen negativen Folgen für den Wirtschaftsstandort Wiesbaden kommt, braucht es spürbare Entlastungen im Sinne schlagkräftiger Maßnahmen mindestens bis zum Frühjahr 2023.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie er plant, explizit Wiesbadener Handwerksbetriebe bis zur Gaspreisbremse im Frühjahr zu unterstützen, sodass diese anstehenden Insolvenzwellen nicht weiter schutzlos ausgeliefert sind?
2. wie sich die Stadt grundsätzlich vorbereitet auf all die negativen finanziellen Auswirkungen, beispielsweise initiiert durch den großräumigen Verlust von Gewerbesteuern, Arbeitsplätzen etc.?
3. ob er bereits jetzt Kontakt zu entsprechenden Institutionen wie der HWK und BAA aufgenommen hat, um mit beschäftigungspolitischen Maßnahmen gegen die drohende Arbeitslosenwelle zu steuern.

Beschluss Nr. 0422

Ziffer 2 des Antrags (überwiesen durch den Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit Beschluss Nr. 0184 vom 06.12.2022) wird angenommen.

Stadtkämmerer Imholz sagt zu, schriftlich zu berichten.

¹ [Wiesbadener Handwerk fürchtet Insolvenzen durch Energiekrise \(wiesbadener-kurier.de\)](https://www.wiesbadener-kurier.de)

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2022

Dr. Reinhard Völker
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .12.2022

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2022

Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister